

EUROPA

EU-LOBBY

Uncle Sam als Vorbild

Danièle Weber

In Brüssel wurde wieder der „Worst EU Lobbying Awards“ vergeben. Indessen ist die Bilanz des seit Juni bestehenden Lobbyisten-Registers der EU ernüchternd. Besser klappt das in den USA.

Es gibt Preise, die will niemand haben. Der Worst EU Lobbying Awards 2008 ist einer davon. Fritz-Harald Wenig etwa zog sogar vor Gericht, um von der Liste der diesjährigen Kandidaten gestrichen zu werden. Vergeblich, denn der EU-Beamte verlor den Prozess. Das Gericht entschied, dass die Meinungsfreiheit in diesem Fall über dem persönlichen Schutze steht.

Fritz-Harald Wenig bleibt nur ein kleiner Trost. Lediglich 14 Prozent der über 8.500 WählerInnen, die im Internet ihre Stimme abgaben, sahen in ihm den schlimmsten Lobbyisten. Weniger Glück hatte Piia-Noora Kauppi. Auch sie wäre gerne von der Liste der Anwärter für einen der Preise gestrichen worden. Die Europa-Abgeordnete ging zwar nicht vor Gericht, ersuchte jedoch per Schreiben einen Rückzug ihrer unfreiwilligen Kandidatur. Am Ende stimmten 26 Prozent für die Finnin und der Sonderpreis für den schlimmsten Interessenskonflikt ging an sie. Ihr Vergehen: Sie setzte sich im Parlament für die Interessen ihres künftigen Arbeitgebers, der Federation of Finnish Financial Services ein. Laut Lobby Awards hat sie wiederholt in Debatten und Stellungnahmen auf eine geringe Regulierung des Bankensektors gedrängt.

In der Kategorie der Hauptpreisträger, die für ihr zweifelhaftes Lobbyverhalten ausgezeichnet werden, gin-

gen dieses Jahr mehr als 50 Prozent der Stimmen an drei Lobbyisten, die „Agrosprit“ vertreiben. So bezeichnen Kritiker den ansonsten in ihren Augen missverständlich als Biosprit benannten Treibstoff, der aus pflanzlichen Energieträgern gewonnen wird. Das Vergehen der Preisgekrünten: Laut Initiatoren des Worst Lobby Awards haben sie irreführende Informationen



und Greenwashing-Strategien angewandt, um Agrosprit in den Debatten im Europaparlament und im Europäischen Rat als nachhaltige Alternative darzustellen. „Diese drei Agrosprit-Lobbygruppen haben viel Geld für irreführende Propaganda ausgegeben“, so Christine Pohl von der Umweltschutzgruppe Friends of the Earth. „Sie ignorieren die Schäden für die

Umwelt wie Entwaldung und für die Lebensgrundlagen der Bevölkerung vor Ort.“

„Wenn Sie der Meinung sind, dass grünes Gold nicht grüner gezeichnet werden sollte, als es ist, geben Sie ihre Stimme diesen Kandidaten“, so der Aufruf der Initiatoren im Internet. Dass sie damit den Nerv vieler derer trafen, die bei der Wahl mitmachten, zeigen die Kommentare auf der Seite. „Schützt alle den Regenwald, bitte!!!“ Und: „Hinter jedem Reichtum steht ein Verbrechen!!!“ oder „Wieder eine Lüge von vielen! Wer soll solchen Unsinn glauben?“ sind nur einige Beispiele, der Meinungsäußerungen, aus denen zuweilen ein etwas vereinfachtes Weltbild herauspricht. Auch in den Texten der Organisatoren des Wettbewerbs hinterlässt das zugrunde gelegte Gut-Böse-Schema einen komischen Beigeschmack.

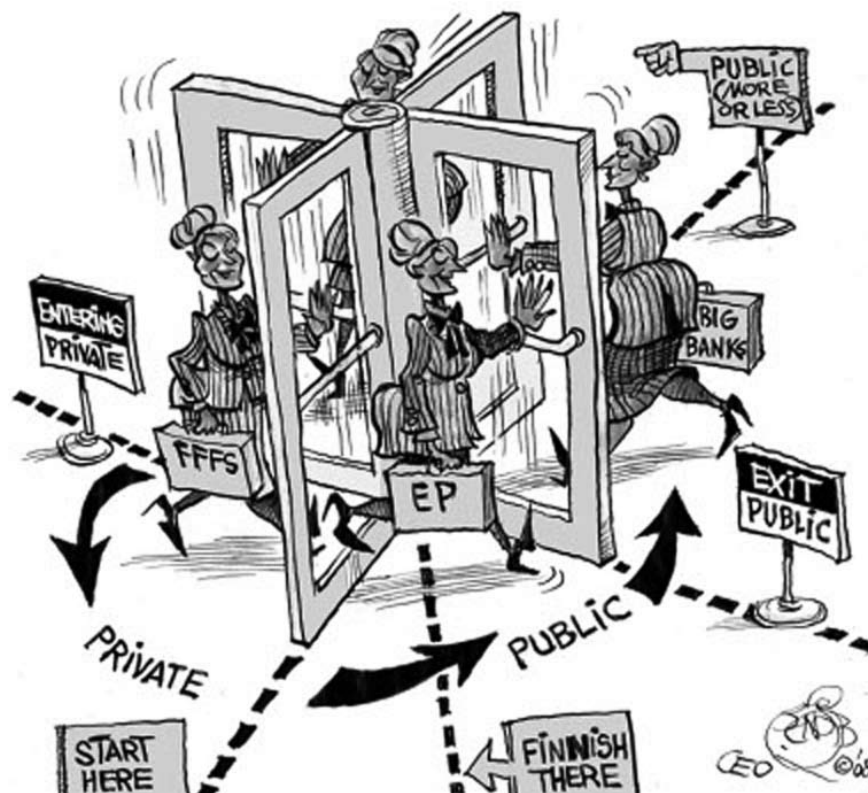
Cooling off für Abgeordnete

Dennoch haben sie interessante Informationen zusammengetragen. Beispielsweise über die EU-Abgeordnete Piia-Noora Kauppi. Ab 1. Januar 2009 wird Kauppi, die sich gerade im Mutterschutz befindet, ihren neuen Job antreten. Sie habe ihren Posten im Finanzausschuss des Parlamentes im Juli nach der Bekanntgabe ihres Wechsels aufgegeben und werde auf Parlamentsaufgaben verzichten, die thematisch mit ihrer künftigen Tätigkeit verbunden sind, hatte ihre Mitarbeiterin Susanna Karlsson der Preisjury von Worst Lobby Awards mitgeteilt. Eine Darstellung, die das Komitee widerlegte. „Frau Kauppi war auch nach

der Sommerpause noch als Mitglied des Ausschusses aktiv“, so die Antwort. Sie habe im September mehrmals zu Themen, die in direktem Zusammenhang mit ihrem neuen Arbeitgeber stehen, Stellung genommen und ihre Kollegen in diesem Gremium nicht über ihren Arbeitgeber informiert, so Oliver Hoedeman, einer der Organisatoren von Worst EU Lobbying Awards. „Die Wahl von Piia-Noora Kauppi gibt die berechtigte Sorge der Wähler wieder, dass Europa-Abgeordnete zu eng mit Wirtschaftslobbyisten verhandelt sind.“

Kauppi sei ein Beispiel für den Trend, dass Parlamentarier wegen ihrer Nähe zu Entscheidungsträgern zunehmend von Lobbygruppen angeheuert werden, so Hoedeman und fordert eine „Abkühlphase“ für Europa-Abgeordnete, „die durch die Drehtür gehen und Industrielobbyisten werden“. Ein solches „Cooling off“ ist in der US-amerikanischen Gesetzgebung für Kongress-Mitglieder vorgesehen.

Auch in anderen Bereichen gibt es in den Vereinigten Staaten strengere Regeln für Lobbyisten. Dem Missbrauch in dieser Branche hatten im amerikanischen Wahlkampf die Kandidaten der beiden großen Parteien den Kampf angesagt. Eine Woche, nachdem er gewählt worden war, kündigte Barack Obama an, den Einfluss der Lobbyisten durch klare Regeln zu drosseln. „Lobbyisten werden keinen Job im Weißen Haus bekommen“, so seine Worte. Laut dem nun vorgelegten Regelwerk ist es Lobbyisten untersagt, sich finanziell an der Machtübergabe zu beteiligen. Jemand, der in den vergangenen zwölf



Monaten Lobby-Arbeit geleistet hat, darf in diesem Bereich im Übergangsteam politisch nicht aktiv werden. Umgekehrt darf ein ehemaliges Mitglied des Teams zwölf Monate lang nicht als Lobbyist gegenüber den Verwaltungen auftreten. Dies seien die „strengsten and weitgehendsten ethischen Regeln eines Übergangsteams in der Geschichte“, erläuterte John Podesta, Vizepräsident der Obama-Transition-Gruppe. Man werde dadurch leider „Experten in der Kälte stehen lassen“ müssen, doch dies sei das, was die amerikanische Öffentlichkeit erwarte.

„Die Rolle der Lobbyisten in der EU und in den USA ist sehr ähnlich“, sagt indessen Oliver Hoedeman. Es sei ein Fehler, zu denken, dass „die EU in irgendeiner Weise ethischer ist als die USA und dass sie sich selbst regulieren wird“. Seit Ende Mai gibt es in der EU-Kommission einen „Verhaltenskodex für Interessenvertreter“, der die Kontakte dieser mit Beschäftigten der Kommission klar und präzise regelt. Seit dem 23. Juni gibt es überdies ein damit verbundenes Register für Lobbyisten. Die Eintragung ist freiwillig. Wer ins Register will, muss erst den Kodex annehmen. Das Problem benannte Kommissar Siim Kallas, als er den vermeintlichen „Fortschritt“ des neuen Instruments präsentierte: Es ginge nicht darum, den Lobbyisten vorzuschreiben, wie sie sich zu verhalten haben, so Kallas. „Wir haben die Grundsätze, nach denen sich dieser Berufszweig bereits richtet, lediglich in einem Text zusammengefasst.“ Neu sei, dass alle Lobbyisten sich nach demselben Kodex

richten und dabei akzeptieren, dass dessen Befolgen einer unabhängigen Prüfung unterzogen wird.

Das erklärte Ziel einer größeren Transparenz in den Beziehungen zwischen Kommission und Lobbyisten dürfte jedoch nur schwer zu erreichen sein. Dass sich bislang lediglich 500 der über 10.000 Lobbyisten in das Register haben eintragen lassen, wertet der Chef von Kallas' Büro allerdings nicht als Niederlage. Die geschätzte Zahl der individuellen Lobbyisten dürfe nicht mit den 500 eingetragenen Organisationen verglichen werden, so Kristian Schmidt Anfang November gegenüber der Presse. Dem Register attestiert er „einen guten Start“, auch wenn die Kommission „noch viele Hausaufgaben“ zu erledigen habe.

Lockerer Register

„Die EU braucht striktere Regeln und mehr Transparenz“, sagt hingegen Ulrich Mueller von der NGO LobbyControl. „Das neue Register reicht nicht aus.“ Bis jetzt hat sich nur eine der nominierten Organisationen für den Worst EU Lobbying Awards im Register eingetragen. Das EU-Register müsse obligatorisch werden, fordert deshalb LobbyControl. Tatsächlich sucht man in der Liste vergeblich nach einigen der großen und bekannten Lobbygruppen. Zum Beispiel nach Vertretern der Automobilbranche, die in Brüssel sehr aktiv sind. Weder der Dachverband der Europäischen Automobilhersteller, noch der Verband der Autozubehörlieferer befinden sich im Register. Ebenso fehlt der Dachverband der Transportunter-

nehmen, die European Federation for Transport and Environment oder aber der European Diesel Board. Allesamt Gruppierungen, die in den Gängen des Parlaments und der Kommission emsig versuchen, den Politikern oder EU-Beamten ihre Interessen nahe zu bringen.

Auch von denen, die eingetragen sind, erfährt man nicht allzu viel. Die European Crop Protection Association (ECPA), der Dachverband der Pestizid-Hersteller, beschreibt seine Tätigkeit in der Hauptsache als beratende Funktion gegenüber seinen Mitgliedern betreffend die neuen EU-Gesetzgebungen. Lobby-Arbeit, wie sie ECPA zuletzt während der Verhandlungen um eine neue Pestizid-Verordnung in großem Stile im Parlament betrieben hat, wird nur unter ‚ferner liefen‘ aufgeführt. Die Kosten, die „direkt in Verbindung mit der Vertretung von Interessen gegenüber von EU-Institutionen“ stehen, werden auf unter 50.000 Euro im Jahr beziffert. Man erfährt weder, wie viele Mitarbeiter ECPA im Brüsseler Büro beschäftigt, noch welches Gesamtbudget der Verband zur Verfügung hat.

Gute Lobby, schlechte Lobby

Die Frage, ob und wie man Unternehmen zur Veröffentlichung von solchen Zahlen verpflichten kann, ist lange nicht geklärt. Auf einer Konferenz über Lobbyismus in Brüssel Anfang November beklagten die Lobbyisten selbst die unklaren Richtlinien für das EU-Register. Die EU müsse den Lobbyisten Anreize bieten, anstatt die negativen Konsequenzen einer Nicht-

Registrierung hervorzuheben, betonte beispielsweise Hans Glatz, EU-Beauftragter bei der Daimler AG. Dass es bislang so wenig Eintragungen gab, liege auch an der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission. „Die Kommission muss Obamas Beispiel folgen und eine regelrechte Kampagne starten“, so Lyn Trytsman-Gray, Präsidentin der Society of European Affairs Professionals (SEAP).

Doch ob Parlamentarier oder Industrielle - manche wollen von Lobbykontrolle nichts wissen. Es sei nur natürlich, dass er neben seiner Tätigkeit im Parlament auch ins Bankengeschäft verwickelt sei, sagte etwa der schottische EU-Abgeordnete John Purvis gegenüber dem Wall Street Journal. Purvis war wegen seiner führenden Rolle in einem Hedgefond-Unternehmen unter anderem von den Organisatoren des Worst EU Lobbying Awards kritisiert worden. „Wie steht es denn um einen Bauern und seine Beziehungen zur Agrarwirtschaft?“ so seine Gegenfrage. In der Tat gibt es einige EU-Abgeordnete, die zu Hause einen landwirtschaftlichen Betrieb leiten. Sie dürften dafür weniger stark angegriffen werden. Lobbyarbeit für Bauern ist weniger anrühlich als für Banken. Auch das zeigt, wie schwierig es ist, in diesem Bereich Regeln aufzustellen, die frei von moralischen und zuweilen emotionsgeladenen Schwarz-Weiß-Schemen sind.